



Michael Frieser
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Frieser und Brehm: Denkverbote und parteipolitische Einbahnstraßen haben die Kommunen nicht verdient – CSU-Politiker kritisieren andauernde Stimmungsmache von Maly und Co. gegen den Bund

Nürnberg, 17.6.10

Bezug:

Anlagen:

Michael Frieser, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Büro: Jakob-Kaiser-Haus

Raum: 3.108

Telefon: +49 30 227-71931

Fax: +49 30 227-76931

michael.frieser@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Jakobstr. 46

90402 Nürnberg

Telefon: +49 911-24154432

Fax: +49 911-2369051

michael.frieser@wk.bundestag.de

Harte Kritik an der gemeinsamen Erklärung „Rettet unsere Kommunen“ von OB Maly und ver.di üben **Bundestagsabgeordneter Michael Frieser** und **CSU-Fraktionschef Sebastian Brehm**. „Es ist fast schon heuchlerisch, wenn sich der OB auf der einen Seite hinstellt und den von der CSU angebotenen Notstandspakt zum städtischen Haushalt als Panikmache bezeichnet, gleichzeitig aber ein Positionspapier verfasst, in dem die Bundesregierung als Brandstifter der Kommunalfinanzen gebrandmarkt und die derzeitige Kassenlage als demokratiegefährdend dargestellt werden. Eine kollegiale Zusammenarbeit zwischen Bund und Stadt zum Wohle der Bürger sieht anders aus“, so **Frieser**. Fraktionsvorsitzender **Sebastian Brehm**: „Für besonders verwunderlich halte ich die Aussage, die Stadt Nürnberg habe nur ein Einnahme-, kein Ausgabeproblem. Damit steht die Glaubwürdigkeit des OB beim Sparen schon sehr in Frage.“

Die „Gemeinsame Erklärung“ wurde aus Sicht der CSU-Politiker zwar medienwirksam platziert, ist jedoch inhaltlich nicht schlüssig. Weder ist die beschriebene Ursachenanalyse für die Finanzlage der Kommunen zutreffend, noch der vorgeschlagene Lösungsweg nachvollziehbar. Der Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung muss sogar als kontraproduktiv bezeichnet werden.

„Wir alle wollen starke und handlungsfähige Kommunen. Wir alle wissen, dass gerade den Großstädten geholfen werden muss. Aus diesem Grund arbeiten die kommunalen Spitzenverbände in der Gemeindefinanzkommission aktiv mit. Aufgabe der Kommission ist es, auf der Basis einer gründlichen Bestandsaufnahme Lösungsvorschläge zu den drängenden Problemen des kommunalen Finanzsystems zu erarbeiten und zu bewerten. Am 8. Juli wird die Kommission über den Stand ihrer Arbeiten berichten. Im Herbst dieses Jahres sind konkrete Vorschläge der Kommission auf der Grundlage sorgfältiger Bestandsaufnahmen zu erwarten“, skizziert **Frieser** den Fahrplan der Gespräche. Jede PR-Kampagne, die im Vorfeld dieses Termins gestartet wird, kann aus Sicht **Brehms** nur vor dem Hintergrund der Aufstellung von Denkverboten und parteipolitischen Einbahnstraßen gewertet werden: „Das haben die Kommunen aber nicht verdient!“